



Presseinformation

Nr. 26.283

17.09.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 16 – Bundesratsinitiative zur Modernisierung des Fortpflanzungsmedizinrechts

Dazu sagt der gesundheitspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Jasper Balke**:

Reproduktive Selbstbestimmung darf niemals vom eigenen Geldbeutel abhängig gemacht oder auf dem Rücken anderer ausgetragen werden

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

kaum ein Bereich der Medizin zeigt so deutlich wie die Reproduktionsmedizin, dass medizinischer Fortschritt nicht automatisch bedeutet, dass gesellschaftliche und ethische Fragen einfacher werden. Im Gegenteil: Wir können heute Dinge, die vor wenigen Jahrzehnten kaum vorstellbar waren. Und mit jeder neuen medizinischen Möglichkeit müssen wir neu darüber sprechen, was wir ermöglichen wollen – und unter welchen Bedingungen.

Dabei sollten wir zunächst über etwas sprechen, bei dem ich deutlich weniger ethische Grauzonen sehe. Ein Kinderwunsch darf nicht davon abhängen, ob Menschen verheiratet sind oder wen sie lieben. Deshalb halte ich einen gleichberechtigten Zugang zur finanziellen Förderung von Kinderwunschbehandlungen unabhängig von Familienstand und sexueller Orientierung für richtig. Wir haben uns in Schleswig-Holstein vorgenommen, uns für eine bundeseinheitliche finanzielle Unterstützung bei Kinderwunschbehandlungen einzusetzen.

Komplizierter wird es hingegen bei der Eizellspende und Leihmutterschaft. Denn hier treffen unterschiedliche Formen von Selbstbestimmung unmittelbar aufeinander. Die Freiheit eines Menschen, eine Familie zu gründen. Die Selbstbestimmung der Frau, die Eizellen spendet oder ein Kind austrägt. Und schließlich die Rechte eines Menschen, der selbst noch gar nicht in diese Entscheidung einwilligen kann - des Kindes. Deshalb greift ein pauschales „Das muss verboten bleiben“ wie auch ein einfaches „Alles ist legal“ zu kurz.

Nehmen wir die Eizellspende. Medizinisch ist sie nämlich eben nicht einfach das weibliche Gegenstück zur Samenspende. Für die Gewinnung von Eizellen sind hormonelle Stimulation und ein invasiver Eingriff notwendig. Die in der letzten

Legislaturperiode des Bundestages eingesetzte Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin fordert deshalb im Falle einer Zulassung ausdrücklich eine Minimierung gesundheitlicher Risiken, unabhängige Qualitätssicherung und eine Absicherung der Spenderin gegen mögliche Langzeitfolgen.

Und auch bei der zuletzt ja durch Jens Spahns Fall bundesweit diskutierten Frage um eine Leihmutterschaft ist die Situation komplex. Denn auch hier verläuft ein schmaler Grat zwischen Selbstbestimmung und Freiheit der Entscheidung, wenn ökonomische Abhängigkeiten oder familiärer Druck ins Spiel kommen. Wie verhindern wir einen Markt hier bei uns in Deutschland oder gar den international existierenden Markt, auf dem wohlhabendere Menschen ihre reproduktiven Möglichkeiten durch die körperlichen Risiken anderer erweitern?

Denn bei all den ethisch schwierigen Abwägungen muss eines klar sein: Die individuelle reproduktive Selbstbestimmung darf niemals vom eigenen Geldbeutel abhängig gemacht oder auf dem Rücken anderer ausgetragen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, moderne Medizin zwingt uns zunehmend, über Fragen zu entscheiden, bei denen es weder richtig noch falsch oder gar pauschal gut oder böse gibt, sondern bei denen verschiedene legitime Rechte und Interessen miteinander konkurrieren. Und wenn ich mir die Entwicklungen im Bereich der Biotechnologie, Künstlicher Intelligenz und Humangenetik anschauere, dann werden sich in den kommenden Jahren noch ganz andere existenzielle Fragen ergeben, auf die nur eine Gesellschaft als Ganzes Antworten geben kann. Das menschliche Genom als unfassbar komplexes Gebilde aus Basenpaaren, Transkriptions- und Translationsfaktoren, von denen wir ganz vieles noch nicht verstehen, ist letzten Endes für jedes Individuum eine Sammlung an Daten, die unsere Biologie ausmacht. Mit Künstlicher Intelligenz haben wir seit ein paar ganz wenigen Jahren ein Tool, das exorbitante Mengen an Daten verarbeiten und Muster erkennen kann, die unseren bisherigen Technologien verborgen geblieben sind.

Deshalb werden wir vermutlich noch für eine längere Zeit manche Fragen nie abschließend beantworten können, schon gar nicht hier im schleswig-holsteinischen Landtag. Doch es ist richtig, dass Politik diese gesellschaftlich notwendigen Diskussionen anstößt. Deshalb freue ich mich auf weitere Beratungen und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de